

Landesring der Unabhängigen (LdU)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	2
1989	2
1990	3
1991	4
1992	4
1993	5
1994	5
1995	6
1996	6
1997	7
1998	8
1999	8
2001	9
2003	9

1987

Als "grün, sozial, liberal" pries sich der Landesring der Unabhängigen (LdU) in einer Standortbestimmung und Wahlplattform an, wobei sich nach zum Teil heftigen Diskussion der "St. Galler-Flügel" um Parteipräsident F. Jaeger mit seinen **radikalen Forderungen zum Umweltschutz** durchsetzte und mit diesem Thema die Partei auch programmatisch dominierte. So wurden der Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorien für den Bau von Strassen und neuen Berg- und Seilbahnen und ein Autofahrverbot bei Smog gefordert, da in der Umweltpolitik kaum mehr Kompromisse zu verantworten seien. In Kommentaren war zunächst der Wandel des LdU von einer Partei der sozial-liberalen Mitte zu einer grün-progressiven Partei als erstaunlich schnell und reibungslos gewertet worden. In der Folge distanzierte sich jedoch der Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschaftsbundes, J. Kyburz, vorsichtig von der Politik des LdU und der Vizepräsident sprach gar von einer **möglichen Trennung der Migros**, und damit einer wichtigen Geldgeberin, von der Partei. Auch der Zürcher Regierungsrat A. Gilgen ging auf Distanz zu seiner Partei, indem er öffentlich erklärte, dass er dem LdU heute nicht mehr beitreten würde.

Bei **Wahlen** in den Kantonen Baselland, Graubünden, Luzern und Zürich verlor der LdU acht Parlamentsmandate, und zwar zumeist an die Grünen. Bei den Nationalratswahlen, für die in zahlreichen Kantonen bisherige Wahlbündnisse mit der EVP zugunsten von Listenverbindungen mit grünen Parteien aufgekündigt wurden, konnte die Partei ihren Wähleranteil jedoch von 4,0% auf 4,2% steigern und ihre acht Sitze behalten. Als grosser Erfolg wurde zudem der von der SVP zurückgewonnene Zürcher Ständeratssitz verbucht.

1988

Dank dem 100. Geburtstag von Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler war der LdU im Jahre 1988 auch ausserhalb der politischen Ebene verschiedentlich im Gespräch. Parteipräsident Nationalrat F. Jaeger wurde vom Parteitag für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt; er schloss allerdings später einen Rücktritt wegen starker beruflicher Beanspruchung bereits für 1989 nicht aus, so dass eine parteiinterne Kommission mit der Suche nach einem Nachfolger beauftragt wurde. Jaeger möchte allerdings zuerst noch seine Arbeiten für eine Reform und Einigung der Partei zu Ende führen. Er stellte insbesondere fest, dass sich sein Nachfolger vermehrt um die kantonalen Sektionen werde bemühen müssen, welche sich zum Teil in einem desolaten Zustand befänden. In den Kantonen Luzern, Graubünden, Thurgau, Baselland und Schaffhausen müsse der LdU praktisch von vorne anfangen. Im weitern empfahl er nicht inhaltliche, sondern **stilistische Änderungen in der Politik** des Landesrings, welche künftig weniger auf die Schaffung einer Alarmstimmung als vielmehr auf Konkretisierung in harter Kommissionsarbeit ausgelegt sein sollte. Das Vorhandensein von rivalisierenden Flügeln in der Partei wurde bei der Parolenfassung zur "Stadt-Land-Initiative" deutlich, welche vom LdU klar befürwortet wurde, während der Migros-Genossenschaftsbund, welcher bei Volksabstimmungen selten Position bezieht, und prominente Exponenten wie die Nationalräte Biel und Widmer sich dagegen aussprachen.

In den kantonalen **Wahlen** konnte sich der LdU in Baselstadt (drei Sitzgewinne) verbessern und in St. Gallen seine Position halten. In Schaffhausen und Thurgau verlor er je zwei Mandate, was im letztgenannten Fall das Ausscheiden aus dem Parlament bedeutete. Durch den Übertritt von K. Dysli zur SVP verlor der LdU im Kanton Bern einen seiner vier Grossratsitze, und in Chur gab er das Stadtpräsidium kampflos frei.

1989

Der LdU nahm die Ersatzwahl für Bundesrätin Kopp zum Anlass, einmal mehr einen **Versuch zur Sprengung der Zauberformel** zu unternehmen. Das Unterfangen besass zwar politisch keine Erfolgchancen – die SP-Fraktion hatte sich klar für den Anspruch der FDP ausgesprochen – traf aber auf ein publizistisch günstiges Umfeld. Mit der Zürcher Ständerätin Monika Weber verfügte der LdU nicht nur über eine bei der Bevölkerung und bei einigen Massenmedien (v.a. Blick) sehr populäre Kandidatin, sondern konnte auch geltend machen, dass er den Anspruch der Frauen auf eine Vertreterin im Bundesrat verteidigen würde.

Am Parteitag in Lausanne wurde mit 53:49 Stimmen entschieden, zur Kleinbauerninitiative die Stimme freizugeben; vorher hatte eine Eventualabstimmung ein knappes Resultat von 57:46 für die Initiative ergeben. Gleichzeitig wurde die Idee geäussert, zusammen mit den Grünen eine neue Volksinitiative für eine ökologische Landwirtschaft zu lancieren. Zur **GSoA-Initiative** fiel die Parole im August mit 78:43 Stimmen negativ aus. Die Tempoinitiative stiess bei den Delegierten auf klare Ablehnung.

In den **kantonalen Wahlen** konnte der LdU trotz sinkendem Wähleranteil seine sechs Sitze im Aargau halten. Bei den Grossratswahlen in Neuenburg scheiterte die einzige namhafte Vertreterin

des LdU in der Westschweiz, der Sektion La Chaux-de-Fonds, wie bereits vor vier Jahren am hohen Quorum von 10%.

1990

Im Landesring verschärften sich während des Berichtsjahres die parteiinternen Konflikte. Dabei waren die Fronten nicht immer klar und eindeutig. Während es im Kanton Zürich darum ging, die Wende zu einer ökologisch ausgerichteten Partei auch bei dieser grössten Kantonalpartei vollständig nachzuvollziehen, hatte sich die nationale Parteiführung bei der Diskussion der Europafrage gegen Angriffe von seiten des ökologischen Flügels zu wehren. Innerhalb des **Zürcher LdU** endete der Konflikt zwischen der Parteileitung und dem konservativen Zürcher Erziehungsdirektor Gilgen mit dessen Abwahl aus dem 25köpfigen Parteivorstand. Darauf trat dieser aus der Partei aus und kündigte an, seinen Sitz bei Wahlen von 1991 als Parteiloser verteidigen zu wollen.

Am schweizerischen Parteitag in Luzern beschloss der LdU die Unterstützung der von diversen Medienunternehmungen lancierten EG-Initiative und verabschiedete ein Grundsatzpapier zur **Europapolitik**. Verschiedene Delegierte, unter anderem Nationalrat Günter (BE) und mit ihm die gesamte Berner LdU-Sektion sowie viele Frauen, plädierten vergeblich für die Rückweisung, da sich das Papier mit den zu erwartenden Problemen in den Bereichen Volksrechte, Neutralität, Umwelt- und Verkehrspolitik nicht befasse. Die Berner LdU-Präsidentin, Eva-Maria Zbinden, trat aus Protest gegen die als wirtschaftsfreundlich apostrophierte "EG-Euphorie" sogar von ihrem Amt zurück.

Parteipräsident Jaeger (SG) hatte sich aber auch exponiert, als er mit verschiedenen Mitgliedern anderer Parteien an der Besetzung des Geländes des geplanten Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen (SG) teilnahm. Dies trug ihm anlässlich des Parteitages in Aarau vehemente Kritik namentlich von einigen Zürcher Delegierten ein; trotzdem wurde er mit 130 von 160 Stimmen für zwei weitere Jahre als Parteipräsident bestätigt. Der wichtigste Geldgeber der Partei, der **Migros Genossenschaftsbund (MGB) kündigte** dem LdU hingegen den 1979 abgeschlossenen **Zusammenarbeitsvertrag** auf Ende 1992; damit müsste der LdU inskünftig ohne den bisher von der Migros geleisteten jährlichen Beitrag von 3 Mio Fr. auskommen. Der MGB, in dessen fünfköpfiger Führungsspitze nur noch Jules Kyburz Mitglied des LdU ist, kritisierte das Vorgehen gegen den Zürcher Regierungsrat Gilgen und zeigte sich auch über Jaegers Solidarisierung mit den Besetzern des Baugeländes des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen und über die LdU-Unterstützung für die "Stopp dem Beton"-Initiative verärgert.

Für alle vier Strassenbauinitiativen, für die beiden AKW-Initiativen und für den Energieartikel empfahl der LdU die Ja-Parole. Die Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes sowie den Rebbaubeschluss lehnte er hingegen ab.

Zusammen mit der Arbeitsgruppe für eine neue Agrarpolitik (NAP) und der SP lancierte der LdU die Initiative "Bauern und Konsumenten".

Im Berichtsjahr hat der LdU im Kanton **Bern** und bei den **kommunalen Wahlen** in Zürich und Winterthur sowohl sitzmässig als auch in bezug auf die Wähleranteile **starke Verluste** hinnehmen müssen.

1991

Der Landesring erlitt im Berichtsjahr durch die **Einbusse von acht Sitzen bei den Wahlen ins Zürcher Kantonsparlament** den bisher schwersten Rückschlag. Damit wurde im Kanton Zürich der Umbau zu einer sozialen und ökologischen Partei, verbunden mit einem Generationenwechsel, wie dies andernorts schon früher geschehen war, mit grossen Verlusten vollzogen. Der LdU hat somit in den letzten sechs Jahren über einen Drittel seiner Mandate in den Kantonsparlamenten verloren. In fünf Kantonen, in denen er früher in der Legislative sass, ist er überhaupt nicht mehr vertreten (NE, LU, GR, TG, BL). Da der im Vorjahr aus dem Landesring ausgetretene Zürcher Regierungsrat Gilgen, welcher als Parteiloser erneut kandidierte, die Wiederwahl gegen den LdU-Kandidaten Roland Wiederkehr schaffte, ist der Landesring auch in keiner kantonalen Regierung mehr vertreten.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** fasste die Partei die Ja-Parole für die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, für das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 sowie die Bundesfinanzreform; die Militärstrafgesetze reform lehnte sie als zu wenig weit gehend jedoch ab.

Im Hinblick auf die **eidgenössischen Wahlen** stellte Parteipräsident Franz Jaeger (SG) fest, dass der Landesring trotz der Zürcher Niederlage an seinem ökologisch-sozial-liberalen Kurs festhalten werde. Das im April verabschiedete **Wahlmanifest**, welches diverse Resolutionen zu Themen wie Umweltschutz, Landwirtschaft, Mutterschaftsschutz und Verfassungsrevision enthielt, sowie eine vor der Wahlkampagne geäusserte pointierte Haltung zugunsten einer liberalen Drogenpolitik und eine differenzierte Position zur Asylpolitik konnte den Krebsgang der Partei bei den eidgenössischen Wahlen jedoch nicht stoppen. Der Verlust von 1,4% Wähleranteil ging einher mit drei Mandatseinbussen, womit der LdU nur noch fünf Sitze hält; das Minimalziel der Fraktionsstärke konnte immerhin noch erreicht werden.

1992

Der Erosionsprozess des LdU konnte im Berichtsjahr nicht gestoppt werden; schwere Verluste musste die Partei bei den **Kantonalwahlen** in Basel-Stadt und St. Gallen hinnehmen, wo sie fünf resp. vier Mandate verlor. Auch in der Stadt Biel musste sie einen ihrer zwei Parlamentssitze abgeben.

Als Nachfolgerin von Nationalrat Franz Jaeger (SG) trat Ständerätin Monika Weber (ZH) das **Parteipräsidium** an. Erklärtes Ziel ist für sie unter anderem eine Öffnung der Partei zu einer nicht ideologisch ausgerichteten Organisation, welche künftig auf pragmatischere Weise ausserhalb des Links-Rechts-Schemas politisieren soll. Mit der neuen Präsidentin, welche Direktorin des Bereichs Wirtschaftspolitik und Konsumentenfragen des Migros Genossenschaftsbundes (MGB) ist, wurde die durch den Gründer Gottlieb Duttweiler institutionalisierte **personelle Verbindung zwischen der Partei und dem MGB wiederhergestellt**. Gleichzeitig verstand es die neue Parteipräsidentin,

das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen dem MGB und der Parteileitung wiederherzustellen, was sich in der Form einer erneuten Zusicherung der finanziellen Unterstützung durch die Migros im bisherigen Rahmen (3 Mio Fr. pro Jahr) auszahlte.

Mit dem sogenannten "**Manifest für den Mittelstand**" setzte die neue Präsidentin ihre politischen Akzente auf mehr Sicherheit im Alltag, vor allem aber auf wirtschaftspolitischer Ebene (allgemeine Deregulierung, Senkung der Staatsquote, offene Aussenwirtschaftspolitik) und weniger im Umweltschutzbereich, wie dies ihr Vorgänger getan hatte. Einzelne Parteipolitiker übten allerdings Kritik an diesem Kurswechsel; der bei den letzten Nationalratswahlen abgewählte Berner Paul Günter trat sogar aus der Partei aus.

Umstritten war die Parolenfassung zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Während auf nationaler Ebene die Nein-Parole ausgegeben wurde, entschieden sich vier Kantonalsektionen (BE, SG, BS, AG) sowie die Jungpartei zur Unterstützung der Vorlage.

Sehr klar war das Bekenntnis der Delegierten zum **EWR**, den sie mit 104 zu 12 Stimmen zur Annahme empfahlen. Im übrigen sprach sich der LdU erneut für einen EG-Beitritt aus, für welchen er schon seit 1990 plädiert.

1993

Als neue **Fraktionspräsidentin** LdU/EVP wurde die Zürcher Nationalrätin Verena Grendelmeier gewählt, während Max Dünki (evp, ZH) das Vizepräsidium übernahm.

Im LdU sorgten die **Asyl- und Drogenproblematik** für Unruhe, als Ständerätin und Parteipräsidentin Weber (ZH) eine härtere Gangart gegen kriminelle Asylbewerber forderte. Weber hatte sich im übrigen auch als Gegnerin der beiden Armeeinitiativen innerhalb der Partei, welche diese beiden Begehren unterstützte, exponiert.

Die Delegierten resp. der Delegiertenrat sprachen sich für die Ja-Parole zu allen **eidgenössischen Abstimmungen** mit Ausnahme der Initiative zur Abschaffung der Tierversuche, für welche Stimmfreigabe beschlossen wurde, aus.

Bei **kantonalen Wahlen** verlor der LdU im Aargau von seinen sechs bisherigen einen Sitz.

1994

An einem dreitägigen Parteitag verabschiedete der LdU das Thesenpapier "Eine Schweiz für das 21. Jahrhundert". Darin forderte er eine grundlegende **Regierungs- und Staatsreform**, den Wechsel vom Konkordanz- zum Konkurrenzsystem, um die Regierung transparenter zu machen und die Abschaffung der Zauberformel. Auf die direkte Demokratie wollte er aber nicht verzichten. Der LdU forderte auch die Schaffung eines Verfassungsgerichtes. Abgelehnt wurden von den 250 Delegierten Anträge, die auf eine Heraufsetzung der Zahl der Bundesräte von sieben auf elf zielten oder die Volkswahl der Landesregierung verlangten. Weiter postulierte der LdU in seinem Thesenpapier eine Annäherung der Schweiz an die Europäische Union und eine liberale, aktive

Einwanderungspolitik. Ausserdem beschloss er die Lancierung einer Initiative "**Schluss mit der Schuldenwirtschaft**" für Anfang 1995. Der Initiative wurde im Herbst von der LdU/EVP-Fraktion ein Paket von parlamentarischen Vorstössen vorgeschickt, darunter eine Motion, die eine zeitliche Beschränkung aller Subventionen fordert und eine weitere, die das Wachstum der Bundesausgaben auf das Wachstum des Bruttoinlandprodukts beschränken will.

In einem neuen Landwirtschaftskonzept forderte die LdU einen radikalen **Bruch mit der bisherigen Agrarpolitik**. Der Absatz der Produkte sei dem Spiel der Marktkräfte zu überlassen und der Staat solle sich im wesentlichen darauf beschränken, Umweltleistungen abzugelten.

Die LdU-Parteileitung zog organisatorische Konsequenzen aus dem Wählerrückgang und will ihre Kräfte künftig auf jene Kantone konzentrieren, wo die Partei noch Wähler hat: Vier **Geschäftsstellen** in Luzern, Thurgau, Solothurn und Graubünden wurden die Beiträge gestrichen, was praktisch einer Schliessung gleichkommt. Die Kantonalsektion Luzern beantragte deshalb ihre Auflösung.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** wich der LdU in drei Vorlagen von Bundesrat und Parlament ab. So befürwortete er die Alpeninitiative, empfahl aber das Luftfahrtgesetz und die Verbilligung des Brotgetreides zur Ablehnung.

Bei den **kantonalen Wahlen** verlor die Partei in Bern einen ihrer bisherigen drei Sitze.

1995

Der in der Europafrage geschlossene LdU forderte im Wahljahr 95 **rasche Verhandlungen über den EU-Beitritt** und warf den bürgerlichen Parteien CVP und FDP vor, die Europafrage zu tabuisieren. Gleichzeitig betonte er **innere Reformen** als Voraussetzung für eine Öffnung der Schweiz. Nötig sei die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze durch ein strenges Kartellverbot, die Aufhebung des Saisonierstatuts, die Herstellung der Freizügigkeit des Personenverkehrs und der Ersatz der Planwirtschaft im Agrarsektor durch eine marktwirtschaftliche Ordnung. Das Subventionswesen sei neu zu regeln, indem unter anderem Subventionen alle zehn Jahre auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden müssten. Die Partei wiederholte ausserdem ihre Forderung nach einem parlamentarischen Konkurrenzsystem.

Der LdU feierte im Berichtsjahr das **60jährige Jubiläum**, musste aber gleichzeitig den politischen Tiefststand seit der Gründung registrieren. Bei den Zürcher kantonalen Wahlen konnte er mit Proporzglück zwar vier Sitze hinzugewinnen. Auf eidgenössischer Ebene konnte die Partei die Mandate von zwei zurücktretenden Ratsmitgliedern aber nicht halten und ist neu nur noch mit vier Parlamentariern vertreten.

1996

Nach vierjähriger Amtszeit gab die populäre Zürcher Ständerätin Monika Weber das Präsidium des dahinsiebelnden LdU ab. Weil sich keiner der drei verbleibenden LdU-Nationalratsmitglieder zur Kandidatur bereit erklärte, wurde schliesslich der auf eidgenössischer Ebene wenig bekannte

bernische LdU-Kantonalpräsident **Daniel Andres** zum neuen Parteipräsidenten gewählt. Andres sprach sich **für einen sozial-liberalen und wieder verstärkt ökologischen Kurs** des Landesrings aus; grüne Anliegen waren bei Weber in den Hintergrund getreten. Dem Präsidenten steht neu ein vierköpfiges Vizepräsidium zur Seite.

Im August gab der Migros-Genossenschafts-Bund bekannt, dass er die finanzielle Unterstützung des LdU von bisher jährlich 3 Mio Fr. auf 600 000 Fr. kürzen wird. Er begründete den für die Partei nicht überraschend gekommenen Entscheid damit, dass der traditionell zur Verfügung gestellte Betrag der heutigen Situation und Grösse des LdU angepasst werde. Das **Versiegen des Migros-Geldstroms** brachte die Partei in arge finanzielle Bedrängnis. Den Geschäftsstellen St. Gallen und Aarau droht die Schliessung, womit landesweit mit Zürich und Bern nur noch zwei Geschäftsstellen übrigbleiben würden.

Trotz des knapperen Budgets und düsteren Zukunftsprognosen propagierte der Parteivorstand einen Neuanfang und plante dabei insbesondere, mit einem Namenswechsel zur "Sozial-liberalen Partei der Schweiz", vom Image der "Migros-Partei" wegzukommen. Der bisherige Name sage nichts über politische Inhalte aus und sei interpretationsbedürftig. An einem ausserordentlichen Parteitag im November wurde die **Namensänderung** von den Delegierten mit 84 zu 29 Stimmen jedoch klar **abgelehnt**, da der Name "Landesring" dem Wahlvolk ein Begriff sei; "unabhängig" gebe zudem die Stellung der Partei in der Politlandschaft am besten wieder. Angenommen wurden dagegen neue Statuten. Diese sollen der Parteispitze durch die Aufwertung des Vorstands und die Aufhebung des Delegiertenrats mehr Handlungsspielraum einräumen.

Eine eher verwirrende Position nahm der LdU im Referendumskampf gegen die Verwaltungs- und Regierungsreform ein, in dem er sich einmal mehr für den Übergang zu einem **parlamentarischen Konkurrenzsystem** einsetzte. Die Vorlage selbst lehnte er ab.

Im April löste sich der LdU Basel-Stadt offiziell auf. Die drei nach den Wahlen von 1992 im Kantonsparlament verbliebenen LdU-Mitglieder hatten während der Legislatur zu den Grünen gewechselt. Im Thurgau verlor der LdU anlässlich der Grossratswahlen seinen einzigen Sitz. Damit ist die Partei nur noch in **vier kantonalen Parlamenten** (AG, BE, SG und ZH) vertreten. In der Stadt Bern konnte der LdU mit Claudia Omar jedoch wieder einen Exekutivsitze erobern.

1997

In einem Positionspapier sprach sich der LdU für **lediglich eine Neat-Achse** aus. Auf der anderen Achse seien die Bergstrecken zweckmässig auszubauen.

An einem ausserordentlichen Parteitag in Winterthur bekräftigte der LdU seine **europafreundliche Haltung** und genehmigte einstimmig ein Positionspapier mit der Forderung, die bilateralen Verträge höchstens als Übergangslösung zu sehen. Nach deren Abschluss seien unverzüglich Beitrittsverhandlungen mit der EU anzustreben.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste der LdU im Aargau drei Parlamentssitze und damit den Fraktionsstatus ein.

1998

Der seit 1996 amtierende **LdU-Präsident Daniel Andres trat** nach einer Aussprache mit dem Vorstand über die Lage und Zukunft der Partei **zurück**. Der Vorstand warf ihm fehlende Führungskraft vor und zweifelte daran, ob er im Wahljahr 1999 nach aussen die nötige Durchschlagskraft zu entwickeln vermöge. Schon kurz nach Amtsantritt war Andres' Versuch misslungen, den LdU in "sozial-liberale Partei" umzubenennen. Der neue LdU-Präsident wird am ausserordentlichen Parteitag vom 16. Januar 1999 gewählt werden.

An der ausserordentlichen Hauptversammlung der **Stadtberner LdU-Sektion** Mitte Oktober beschlossen die Mitglieder auf Antrag des Vorstandes, die Ortsgruppe Bern aufzulösen. Grund dafür war der unaufhaltsame Sinkflug in der Stadt Bern, wo der LdU zu seinen besten Zeiten Wähleranteile von bis zu 13,3% erreicht hatte. Seit 1976 ging es stetig abwärts; bei den letzten Stadtratswahlen (Legislative) von 1996 erreichte die Partei einen Wähleranteil von noch 2,5%. Der Vorstand legte den Parteimitgliedern den kollektiven Übertritt zur Grünen Freien Liste nahe. Die bisherigen Mandatsträger, Schuldirektorin Claudia Omar sowie die zwei LdU-Stadträte, kündigten den Übertritt zur GFL auf Anfang 1999 an. Der Entscheid zur Auflösung traf bei Mitgliedern anderer Ortsgruppen des Kantons Bern auf heftige Opposition, weil insbesondere die Thuner Sektion für die bevorstehenden Wahlen negative Auswirkungen befürchtete. Kämpferisch zeigte sich die nationale Parteizentrale und stellte eine grössere Mitgliederwerbe-Aktion in Aussicht mit dem Ziel, in Bern eine neue Ortsgruppe zu gründen.

Bei den **kantonalen Wahlen** setzte sich der Untergang des Landesrings unvermindert fort. Im Kanton Bern verlor er seine letzten beiden Mandate und ist somit nur noch in drei kantonalen Parlamenten (ZH, SG, AG) vertreten. Ferner musste er in Zürich nach der Wahl von Monika Weber in den Zürcher Stadtrat seinen einzigen Ständeratssitz an die SVP abtreten.

1999

Die seit 1983 amtierende Zürcher LdU-Nationalrätin Grendelmeier gab im Januar bekannt, dass sie nach der Frühlingssession aus dem Parlament zurücktreten werde. Zudem musste die Partei ein **neues Präsidium** wählen, nachdem Daniel Andres (BE) im vorigen Herbst sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Die Kantonalparteien hatten im Vorfeld den Wunsch geäussert, das neue Präsidium müsste auch im nationalen Parlament vertreten sein. Nach der Rücktrittsankündigung Grendelmeiers stand **Anton Schaller**, erstes nachrückendes Mitglied auf der Zürcher LdU-Liste, praktisch **als Nachfolger für das Präsidium** fest. Der 54jährige Schaller, Fernsehproduzent und Zürcher Kantonsrat, erhielt 53 Delegiertenstimmen bei 10 Enthaltungen. Von einigen seiner Parteigenossen wurde die Befürchtung eingebracht, mit der Wahl Schallers sei ein Linksrutsch vorprogrammiert. In Presseinterviews verkündete Schaller einige Tage später, dass bei weiteren Verlusten im Wahljahr eine "würdige Liquidation" der Partei anstehen könnte. Mitte Februar wurde die Zürcher Kantonsrätin **Astrid Kugler zur neuen Generalsekretärin** ernannt. Das Amt war seit dem vergangenen Herbst interimistisch durch Rudolf Hofer, Sekretär der LdU/EVP-Bundeshausfraktion, ausgeübt worden. Im April gaben die Partei und der Migros-Genossenschafts-Bund ihre definitive Trennung bekannt.

Nach dieser Trennung wollte sich der LdU **als unabhängige Partei neu positionieren** und neue

Wähler ansprechen. Parteipräsident Schaller führte aus, das Ziel seiner Partei sei die Bildung einer neuen Mitte; es seien bereits Gespräche mit Teilen der Grünen, der CSP und der EVP geführt worden. Auch mit Angestelltenverbänden werde eine Zusammenarbeit angestrebt. Doch die Niederlage bei den Zürcher Kantonswahlen versetzte der Partei einen harten Schlag. Der LdU verlor vier seiner bislang sechs Sitze im Kantonsrat; Schaller selbst wurde nicht wiedergewählt. Trotz entsprechender Anträge wurde am Reformparteitag vom Mai in Zürich mit 52 zu neun Stimmen keine Auflösung der Partei beschlossen. Die Kantonalsektionen Aargau, Solothurn, St. Gallen, Bern und Zürich waren bereit, den Wahlkampf für die Nationalratswahlen aufzunehmen. An einer Pressekonferenz Ende Juli verkündete Schaller, der LdU trete unter der Bezeichnung "Liste der Unabhängigen" den Wahlkampf an. Auch ein neues Logo in Blau mit dem Schriftzug "Neugeboren und unbequem" wurde vorgestellt.

Die **Nationalratswahlen** vom Oktober brachten dem LdU eine brutale Niederlage. Er verlor zwei seiner drei Sitze und sein Wähleranteil ging von 1,8% auf 0,7% zurück. Einzig der Zürcher Wiederkehr konnte seinen Sitz im Nationalrat halten. Zwei Tage nach der Wahlniederlage beantragte der Vorstand die **Auflösung des LdU**. Nach 63jährigem Bestehen löste sich der LdU Anfangs Dezember in Aarau auf. Mit 57 gegen sieben Stimmen beschlossen die Delegierten am 4. Dezember das Aus für die nationale Partei. Vertreter aus dem Kanton St. Gallen machten jedoch deutlich, dass sie auf kommunaler Ebene weiter kämpfen wollen. Gleichzeitig mit der Auflösung wurde am Parteitag die "Landesstiftung der Unabhängigen (LdU)" ins Leben gerufen, die das Gedankengut der Partei weitertragen soll. Zwei anderslautende Anträge, ein "Forum Schweiz-Europa" zu schaffen oder das Geld mittels einer Schenkung der Migros zu vermachen, wurden abgelehnt.

2001

Im Kanton Aargau trat der **Landesring der Unabhängigen (LdU)** nicht mehr zu den Parlamentswahlen an und verlor seine letzten beiden Mandate. Er ist nur noch in den Kantonen Zürich (2 Sitze) und St. Gallen (3 Sitze) vertreten.

2003

Das **Freie Forum**, bis anhin nur im Kanton Zürich tätig, gab seine Absicht bekannt, sich in der ganzen Schweiz zu etablieren, obschon es ihm nicht gelungen war, den Sitz seines Präsidenten Roland Wiederkehr (ehemals Ldu) im Nationalrat zu halten. Die Schwerpunkte des Freien Forums liegen bei den Themen Gesundheit, Natur und Umwelt, Migration, Kinder und Jugend, Geschlechterfragen, Wirtschaft und Arbeit sowie Verkehr und Sicherheit.